

Leipzig Stadt & Leipziger Land

Kreisverband Leipzig Stadt/ Leipziger Land
Tel: 0341- 463 99 79
Fax: 0341- 463 99 78
info@initiative-asg-leipzig.de

1. November 2004

Positionspapier

Überlegungen zum Verhältnis der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit zur PDS

1. Die Aufgabe und die Chance der Wahlalternative ASG
2. Die PDS im Parteienspektrum der Bundesrepublik
3. Die Beteiligung der PDS am sozialen Protest
4. Zur "Zukunft" der PDS
5. Welche Folgen hätte eine Partnerschaft mit der PDS für die Wahlalternative ASG?

Einzelne Vertreter der Wahlalternative ASG haben sich dahingehend geäußert, dass ein nicht-konkurrierender gemeinsamer Wahlantritt von WASG und PDS in getrennten Wahlgebieten für die nächste Bundestagswahl sinnvoll sei. Ähnlich äußerten sich verschiedentlich Mitglieder der PDS.
Oberflächlich spricht für diese Erwägung offenbar, dass es in den östlichen Bundesländern scheinbar schwieriger ist Mitglieder für die WASG zu gewinnen und funktionierende Organisationsstrukturen aufzubauen. Mit den nachfolgenden Betrachtungen möchte der Kreisverband der WASG Leipzig Stadt und Leipziger Land seinen Standpunkt gegen einen gemeinsamen Wahlantritt bzw. einen Wahlantritt in getrennten Wahlgebieten begründen.

1. Die Aufgabe und die Chance der Wahlalternative ASG

Die Wahlalternative ASG ist angetreten, um den Interessen der sozialen Bewegung gegen den Sozialabbau in den Parlamenten politischen Ausdruck zu verleihen.
Wenn die SPD-Führung an der Konfliktlinie Arbeit/ Kapital die bisherige Funktion der SPD im parlamentarischen System aufkündigt und sich auf die Seite von CDU/ CSU und FDP schlägt, steht nicht weniger als die demokratische Steuerung des Gesellschaftssystems der Bundesrepublik und mithin dessen Funktionsweise auf dem Spiel.
Ohne Umverteilung zugunsten derer, die wenig sparen können, wird das Gesellschaftssystem der Bundesrepublik mittel- und langfristig schwerwiegenden Verwerfungen zuungunsten der sozial Schwachen und der Normalverdiener ausgesetzt sein. Die Bundesrepublik – und mit ihr Europa – triftete in diesem Falle in eine unterkonsumtive Krise mit globalen Auswirkungen. Zu dieser Tendenz eine parlamentarische Gegenmacht zu bilden, darin besteht die kaum zu überschätzende Aufgabe der Wahlalternative ASG. Zugunsten der Verbesserung der Lage abhängig Beschäftigter konnte die Arbeiterbewegung in der jüngeren Geschichte nur dann Erfolge

erringen, wenn ein Zusammenwirken von Sozialdemokratie und Gewerkschaften gelang. Die Politik der SPD-Führung ist spätestens seit der “Agenda 2010” offen gewerkschaftsfeindlich. Sie untergräbt das Tarifrecht, zersetzt die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften und zerstört die sozialstaatlichen Errungenschaften. Die SPD-Führung betreibt ohne Rücksicht auf eigene Verluste, mögen sie sich auf 120.000 Mitglieder oder bisherige Stammwähler-Stimmen beziehen, enthemmt die Enteignung derjenigen, die ohnehin nicht viel haben.
Lange erfüllten die Grünen die Funktion der traditionellen Linksliberalen, doch auch diese Positionen sind weithin verlassen worden.
Zur Zeit ist sowohl der Platz einer gesellschaftlich mehrheitsfähigen parlamentarischen Gegenkraft zur neoliberalen Politik wie der Platz der für die Sicherung und Erweiterung von Freiheitsrechten eintretenden Linksliberalen im Parteienspektrum der Bundesrepublik unbesetzt. Hierin liegt die große Chance der WASG in den nächsten Wahlen.

2. Die PDS im Parteienspektrum der Bundesrepublik

Die SED war die Partei der in der DDR herrschenden stalinistischen Staatsklasse. 1989 wurde die SED zwar entmachtet, doch nicht enteignet oder aufgelöst.
Mit der Umbenennung in “Partei des Demokratischen Sozialismus” wurde der Versuch unternommen, demonstrativ an demokratische sozialistische Traditionen anzuknüpfen, um die Partei für Westdeutsche als wählbar erscheinen zu lassen.
Bis heute gewinnt die PDS dort die meisten Wählerstimmen, wo der Anteil der Staats- und Partei-Funktionäre infolge der zentralistischen Struktur des DDR-Staates besonders hoch war, auf dem Gebiet der einstigen sogenannten “Hauptstadt der DDR”, also im Osten der Stadt Berlin und in dessen Umland.
Seit der staatlichen Einheit Deutschlands befindet sich die PDS in einem strategischen Dilemma: Einerseits steht und fällt ihre bundespolitische Bedeutung langfristig mit dem Ge- oder Misslingen ihrer Ausweitung in die alten Bundesländer. Andererseits muss die PDS die Interessen der Mehrheit ihrer Mitglieder vertreten.
Doch welche Interessen vertritt die PDS? Die Interessen einer entmachteten Staatsklasse konnten medial nur massenwirksam vermittelt werden, wenn sie sich als Interessen der “Ostdeutschen” artikulieren ließen. Erinnert sei an propagandistische Stichworte wie “Gnade der westlichen Geburt”, “Siegerjustiz” oder “Rentenstrafrecht”.
Vor dem Hintergrund der tatsächlich aufrechterhaltenen sozialen Spaltung der Bundesrepublik und der Konservierung getrennter Rechtsgebiete durch die Politik der Bundesregierungen (Selbst ALG II ist in Ost und West in unterschiedlichen Höhen geplant.) konnte die Selbstdarstellung der PDS als vermeintliche “Interessenvertreterin der Ostdeutschen” in Teilen der Bevölkerung eine gewisse Plausibilität gewinnen.
Auch wenn die PDS sich sozialpolitischer Themen angenommen hat, sie programmatisch durchaus auch Interessen der abhängig Beschäftigten artikuliert, bleibt ihr praktisches Machtstreben stets verbunden mit dem Werben um Akzeptanz für die Interessen der einstigen Funktionseliten der DDR. (In Mecklenburg-Vorpommern besteht der einzige sichtbare Erfolg der PDS in der Landesregierung in der Abschaffung der Staasi-Überprüfungen, also in der Reintegration derjenigen, gegen die die Bewohner Ostdeutschlands 1989 rebellierten.)
Dieses Streben nach Macht und Anerkennung im demokratischen System der Bundesrepublik ist von dankbarer Anpassungsbereitschaft begleitet.
Wo die PDS als Partner in Koalitionen akzeptiert und an Regierungsmacht beteiligt wird, kennt sie als Vollstreckerin des Sozialabbaus keine programmatischen Skrupel.

3. Die Beteiligung der PDS am sozialen Protest

Wenn die PDS einerseits “Hartz IV” zutreffend als “Armut per Gesetz” benennt, während andererseits PDS-Mitglieder in Regierungen bereits an der vorbildlichen Umsetzung kollaborieren, wird die Doppelstrategie der PDS deutlich.
Es wäre unsinnig, an die einzelnen PDS-Mitglieder gemäß der SED-Losung “Wo ein Genosse ist, da ist die Partei” heranzugehen. Auch PDS-Miglieder können heute unterschiedliche Intentionen vertreten und müssen nicht homogen agieren. Für eine politische Analyse, die nach dem Umgang mit einer Partei als ganzer fragt, können die subjektiven Intentionen einzelner Parteimitglieder jedoch nicht relevant sein. Ohne das ehrliche Engagement vieler PDS-Mitglieder in Zweifel ziehen zu wollen, bleibt die Rolle dieser Partei im sozialen Protest überaus zwielichtig.
Wo sich Protest-Wählerstimmen erhoffen lassen, beteiligt sich die PDS am sozialen Protest, doch wo die Regierungsbeteiligung erlangt worden ist, betreibt die PDS bereitwillig und nicht minder rücksichtslos als andere etablierte Parteien den Sozialabbau. Allein die Partei-Räson legitimiert diese Praxis gegenüber den Mitgliedern.
Der Berliner Wirtschaftssenator Harald Wolf (PDS) überbietet sogar „Hartz IV“ und tritt offen für die Einrichtung von Ein-Euro-Jobs auch in der Privatwirtschaft ein.
In der Monitoring-Gruppe des Bundeswirtschaftsministeriums, die „Hartz IV“ im Osten begleiten soll, lobte Wolfgang Clement (SPD) ausdrücklich die Berliner Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner (PDS). (FR vom 10. Sept. 2004) Sie will 40.000 Stellen schaffen, die mit Hartz-IV-Betroffenen besetzt werden sollen.
Als mitregierende Partei zeigt sich die PDS als verlässlicher Koalitionspartner für Sozialabbau, wodurch bei den Wählern sogar noch die Ideologie der Alternativlosigkeit gestärkt wird, Politik müsse sich Sachzwängen fügen.
Die PDS-Doppelstrategie bricht letztlich die Wirkungsmacht des Protestes, denn als Protestpotential wird die PDS von den programmatisch neoliberalen Parteien nicht wirklich ernst genommen.

4. Zur “Zukunft” der PDS

Ihrer eigenen Einschätzung gemäß ist der PDS die Ausweitung in die alten Bundesländer schlicht misslungen.
Einst war die PDS reichste Partei der Bundesrepublik, inzwischen ist das Parteivermögen arg geschrumpft, die Zahl der hauptamtlichen Funktionäre wird verringert. Die Mortalität der Mitglieder wird durch Beitritte Jüngerer schon lange nicht mehr ausgeglichen.
Viele PDS-Mitglieder halten die Bundestagswahl 2006 für die für den Fortbestand der Partei entscheidende.
Auch die sozialstaatsfeindliche Politik der SPD hat der PDS in absoluten Zahlen keine relevanten Zugewinne an Wählerstimmen gebracht.
Das Wählerpotential der PDS im Osten ist ausgeschöpft. Wer die SPD nicht mehr wählen kann, sieht sich noch lange nicht dazu veranlasst die PDS zu wählen.
Letztlich wird die PDS erst dann der Bedeutungslosigkeit anheimfallen, wenn es gelungen sein wird die soziale Spaltung und die rechtliche Ungleichstellung zwischen Ost und West zu überwinden. (Und dies sollte gerade auch Aufgabe der WASG sein.) Erst dann wäre die PDS der Möglichkeit beraubt, sich als “Interessenvertreterin der Ostdeutschen” darstellen zu können.

5. Welche Folgen hätte eine Partnerschaft mit der PDS für die WASG?

Was brächte der WASG ein Zusammengehen mit der PDS zu den nächsten Bundestagswahlen, z. B. indem beide Parteien in getrennten Wahlgebieten anträten und mithin nicht konkurrierend aufträten?

1. Die einzige Gemeinsamkeit bestünde in der Ablehnung der “Agenda 2010”. Doch in den sozialen Bewegungen gegen den Sozialabbau ist die Doppelstrategie der PDS bekannt, also stieße eine solche Partnerschaft unter den vom Sozialabbau Betroffenen und bei beträchtlichen Teilen der Träger des Sozialprotestes auf Unverständnis, wenn nicht auf Ablehnung.

2. Die WASG erschiene im Westen zwingend als PDS-nah und die Partei PDS weckt dort unter beträchtlichen Teilen der Bevölkerung weder Assoziationen zu einer Partei, der man die Durchsetzung einer sozial gerechten Reformpolitik zutraut, noch gar zu einer Partei, die Freiheitsrechte im Sinne traditionell linksliberaler Positionen vertritt. Im Gegenteil: Mit der PDS verbindet in den westlichen Bundesländern ein noch höherer Prozentsatz der Menschen als in den östlichen ausschließlich das ehemalige SED-Regime, möge sie auch die sozialstaatlichen Errungenschaften schätzen und demokratische Freiheitsrechte inzwischen zu nutzen gelernt haben. Gerade ehemaligen SPD-Wählern dürfte es schwer fallen, sich der WASG anzuschließen, wenn diese jetzt mit den Nachfolgern derjenigen eine Zusammenarbeit anstrebt, die für die Zwangsvereinigung der SPD mit der KPD und für die daraus resultierenden Folgen (Verfolgung der Ost-SPD) verantwortlich waren.

3. Im Osten ist das Wählerpotential der PDS ausgeschöpft. Denjenigen, die sich schon aufgrund der Vergangenheit der PDS nie zu deren Wahl hinreißen ließen, aber der WASG durchaus ihre Stimme geben würden, könnte keine Alternative zu den etablierten Parteien als Wahlangebot unterbreitet werden.

4. Vor dem Hintergrund der realiter bestehenden sozialen Spaltung der Bundesrepublik und der Konservierung getrennter Rechtsgebiete durch die Politik der Bundesregierungen könnte ein nicht-konkurrierender Wahlantritt von WASG und PDS entsprechend dieser Rechtsgebiete die Selbstdarstellung der PDS als vermeintliche “Interessenvertreterin der Ostdeutschen” nur stärken. Für die WASG wäre damit nichts gewonnen. Im Gegenteil: Den Gegnern, die aus gegenseitigem Ausspielen von Ost und West ihren politischen Vorteil ziehen, dürfte ein weiterer Anhaltspunkt geboten werden. Für die Überwindung der sozialen Spaltung und der rechtlichen Ungleichstellung zwischen Ost und West bedarf es gerade einer Partei, die historisch unbelastet ist und bundesweit auftreten kann.

Zusammenfassung:
Ein Zusammengehen der WASG mit der PDS würde im Osten wie im Westen verhindern, dass bedeutende Wählerpotentiale zugunsten der Verteidigung des Sozial- und Rechtsstaates hinzugewonnen werden können.
Jede Form der Kungelei mit der PDS kann die WASG in der Erfüllung ihrer Aufgabe wie in der Wahrnehmung ihrer Chance nur schwächen.